

# Auf der Suche nach dem «Fremden» und dem «Selbst»

Das Schlagwort «Überfremdung» hat die politische Kultur und die Ausländerpolitik der Schweiz im 20. Jahrhundert stark geprägt. Die Gründung von politischen Parteien und Organisationen, die dieses Thema zum programmatischen Schwerpunkt ihrer Arbeit erhoben, belegen dies ebenso wie zahlreiche Debatten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch in den aktuellen politischen Diskussionen zur Migrations- und Einbürgerungspolitik stellt der schwammige Begriff «Überfremdung» noch immer eine nicht zu unterschätzende Grösse dar. Wie eng Begriff und Konzept der «Überfremdung» mit Fragen nationaler Identität verwoben sind, zeigt ein Blick in die Geschichte der Überfremdungskämpfung.

In den Kultur- und Sozialwissenschaften ist man sich heute einig, dass Eigenschaftszuschreibungen von «fremd» und «eigen» immer gegenseitig aufeinander bezogen und orts- sowie zeitabhängig sind. Der deutsche Soziologe Uli Bielefeld hat dies mit der bekannten Formel ausgedrückt: «Über das Fremde und die Fremden lässt sich nicht allgemein reden. Spezifiziert man es, redet man über sich selbst. Das Fremde konkretisiert sich im Eigenen.» (Bielefeld 1992: 9)

## Fremd- und Selbstzuschreibungen

Besonders deutlich werden die Zusammenhänge von «fremd» und «eigen», wenn wir uns die Anfänge des Überfremdungsdiskurses im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts vergegenwärtigen. Nachdem der Zürcher Armensekretär Carl Alfred Schmid 1900 erstmals den Begriff «Überfremdung» verwendet hatte, entwickelte sich die damals so bezeichnete «Ausländerfrage» bis zum Ersten Weltkrieg zu einem innenpolitischen Thema von breitem Interesse. Gleichzeitig machten sich vor allem Intellektuelle Gedanken zur nationalen Identität der Schweiz. Die Frage «Wer sind wir?» akzentuierte sich vor dem Hintergrund des zunehmenden Nationalismus in Europa und der wachsenden Zahl von Einwanderern. Doch anders als bei ihren grossen Nachbarn Deutschland, Frankreich und Italien wurde die Frage nach dem «Kern» der nationalen Einheit in der bisher als «Willensnation» verstandenen Schweiz anders aufgeworfen. Jede einseitig kulturalistische Beantwortung, die für die Nachbarn zumindest in der Theorie möglich war, hätte in der Schweiz mit ihrer sprachlich-kulturellen Heterogenität unweigerlich zur Zerreihsprobe geführt. Die Schweiz konnte sich nicht auf die Einheit der Sprache, der Religion und/oder der Kultur berufen. Als Ausweg bot sich daher eine Selbstdefinition ex-negativo an. Die Schwierigkeit sich selbst zu beschreiben, verhalf dem Begriff und Konzept der «Überfremdung» in der Schweiz zu einer erstaunlichen Karriere und formte das

«Fremde» zugleich zu einer potentiellen Bedrohung. Mit der Chiffre «Überfremdung» konnten Abwehrhaltungen eingenommen und Abwehrpraktiken entwickelt werden, ohne dass dabei die kulturelle Vielfalt der Schweiz ernsthaft in Frage gestellt werden musste (Kury, 2003: 44).

«Überfremdung» wurde im Verlaufe des 20. Jahrhunderts immer wieder für neue Kreise zu einem Signum kulturell-nationaler Selbstvergewisserung. Das einigende Band der Verfechter des Überfremdungsdiskurses kann am treffendsten als anti-liberal, in gewissen Teilen auch als anti-modernistisch, als beharrend und dem sozialen Wandel trotzend, bezeichnet werden. Das «Bekenntnis» zur «Überfremdung» meinte, dieses so bezeichnete Phänomen als vermeintliche Tatsache anzuerkennen. Es bedeutete die Übernahme eines selbstverständlichen Systems von Ideen, ein Bündel von Präferenzen, Normen und Symbolen.

## Denkmuster und Zahlenspiele von langer Wirkungsdauer

Das Denken von Carl Alfred Schmid, dem Erfinder des Begriffs «Überfremdung», war von seiner täglichen Arbeit als städtischer Armensekretär Zürichs und seiner Sorge um die Zukunft der Freiwilligen Armenkasse geprägt. Vor dem Hintergrund der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert rasch wachsenden Ausländerzahlen glaubte er, dass die sozialen Kosten bald nicht mehr zu tragen sein würden. Zugleich ging er davon aus, dass «unsere nationale Selbständigkeit sich in höchster Gefährdung befindet». Nähme der Prozess der «Entnationalisierung», «der Überfremdung», zu, so führte dies «unabwendbar» zum Untergang der Schweiz. Inhaltlich stereotyp, doch statistisch untermauert, warnte Schmid unablässig vor diesem «Schicksal». Den Zeitpunkt, an dem Schweizerinnen und Schweizer in der Minderheit sein würden, errechnete er auf 1970. Dann würde sich die Schweiz «also auf einen geographischen Begriff reduziert haben, wie Polen». Sie «wird als ein Fall chauvinistischer Ausschliesslichkeit und Inzucht in den Geschichtsbüchern endigen» (Schmid 1912: 20).

Welche Wirkungsmacht die Schmidischen Zahlenspiele besaßen, zeigt ein Blick in die erste offizielle Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend «Massnahmen gegen die Überfremdung» aus dem Jahre 1920. In dieser Botschaft vermied es der Bundesrat, «Überfremdung» zu definieren; zugleich wurde diese jedoch als eine «unumstössliche Tatsache» bezeichnet. Ebenso scheint es, dass sich der Bundesrat dabei ganz auf die Schriften von Schmid stützte: «Man kann also heute schon vorausberechnen, dass, wenn der Wachstumskoeffizient für die Fremden der gleiche bliebe, in 77 Jahren die Hälfte der Bevölkerung der Schweiz aus Ausländern bestehen würde» (Bbl., V/1920: 8). Die bundesrätliche Prognose suggerierte, dass, sofern keine bevölkerungspolitischen Massnahmen ergriffen würden, die Schweizer im Jahre 1997 im eige-

nen Land in der Minderheit wären. Die Passage belegt zugleich auch, dass diesem Denken ein statisches Verständnis von Kultur zu Grunde lag, gemäss dem die Einwanderer auch nach drei Generationen «Fremde» bleiben würden.

Das Schmidische Denkmuster bildete in der Folge die Grundlage für verschiedene Überfremdungsinitiativen der 1970er-Jahre bis hin zur 18-Prozent-Initiative des Jahres 2000. Im September 2004 verwendeten der SVP nahe stehende Kreise diese Form populistischer demografischer Prognostik modifiziert wieder. In einer äusserst polemisch geführten Kampagne «Muslime bald in der Mehrheit?» versuchte ein nationalkonservatives Komitee politisch Kapital zu schlagen. Die Kampagne suggerierte, dass Protestanten, Katholiken, Juden, Andersgläubige und Agnostiker zusammen gegenüber Musliminnen und Muslimen in absehbarer Zeit in der Schweiz zur Minderheit würden. Nicht zuletzt aufgrund dieser Kampagne wurden zwei Verfassungsänderungen, welche Erleichterungen und Vereinheitlichungen bei der Einbürgerung gesetzlich verankern wollten, vom Souverän verworfen. Damals wie teilweise heute ergänzten sich fragwürdige «Bevölkerungsprognosen» mit der heraufbeschworenen Gefahr von «Überfremdung», beziehungsweise von «Islamisierung».

## «Geistige Landesverteidigung»

Höhepunkte der Überfremdungsbekämpfung bildeten die 1930er-Jahre und das Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975. Die erste dieser beiden Phasen wurde durch die während des Ersten Weltkriegs neu geschaffene Fremdenpolizei bestimmt. Im Wechselspiel von polizeilichen sowie wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Überlegungen wurde nach 1918 «Überfremdung» zum beherrschenden politischen Schlagwort. Als ursprünglich quantitative Abwehrstrategie gedacht, entwickelte sich «Überfremdung» rasch zu einem qualitativen, kulturprotektionistischen Instrument. Das Hauptanliegen der Behörden war es, die Zuwanderung durch eine «qualitative Auswahl» zu steuern. Das Problematische dabei war, dass sich die Behörden auf das sozialdarwinistische Konzept der «Auslese» stützten. Dies ermöglichte das Eindringen von diskriminierenden und insbesondere antisemitischen Praktiken. In der Zwi-

25

schenkriegszeit waren hauptsächlich ausländische Juden und Jüdinnen von der Abwehrpolitik der Behörden betroffen, obwohl sie unter den Ausländern und Ausländerinnen eine verschwindend kleine Minderheit bildeten. Bereits in den frühen 1920er-Jahren hatte sich die Politik und Praxis der Abwehr verfestigt.

Diese Politik besass Einfluss auf die Ausarbeitung des Gesetzes über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) aus dem Jahre 1931. Mit dem ANAG beziehungsweise mit den Ausführungsbestimmungen des Jahres 1933 erhielten die Behördenvertreter die rechtliche Grundlage für die Überfremdungsbekämpfung zugewiesen. Auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland im Jahre 1933 und nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sollte die Überfremdungsbekämpfung oberstes handlungsleitendes Motiv der Fremdenpolizei bleiben.

Hatte der Überfremdungsdiskurs die Niederlassungs- und Einbürgerungspolitik vor 1933 bestimmt, so ist nach 1933 beziehungsweise 1939 auch die antisemitisch ausgerichtete Flüchtlingspolitik der Schweiz vor diesem Hintergrund zu verstehen. Durch den Krieg verlagerten sich die Maximen der Überfremdungsbekämpfung, die sich bisher vor allem gegen Zuwanderer gerichtet hatten, auf Flüchtlinge. Das Ausgrenzen und der Ausschluss von so genannt «unerwünschten Elementen» setzte sich im Fernhalten «unerwünschter» Flüchtlinge fort. Die Flüchtlingspolitik lag zudem zu weiten Teilen in den Händen jener Personen, die sich seit dem Ende des Ersten Weltkriegs selbst als «Avantgarde der Überfremdungsbekämpfung» verstanden. Mit den ausländischen Juden wäre schliesslich jene Personengruppe in die Schweiz gelangt, gegen die die Behörden seit zwei Jahrzehnten angeschrieben hatten und gegen die sich die Praktiken der Abwehr seit dem Ersten Weltkrieg gerichtet hatten. Das Überfremdungskonzept der Zeit von 1918 bis 1945 stiess sowohl damals wie später auf so wenig Kritik, weil es sich auszeichnet in die politisch-kulturelle Bewegung

der «Geistigen Landesverteidigung» integrieren liess. Die «Geistige Landesverteidigung» und die «Überfremdungsbekämpfung» gaben vor, die Schweiz durch Abwehr von als unschweizerisch deklarierten Werten zu schützen. Doch während die «Geistige Landesverteidigung» die Stärkung schweizerischer Traditionen und die Abwehr vor Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus zum Ziel hatte, richtete sich die Überfremdungsbekämpfung bis nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem gegen jüdische Immigranten und Flüchtlinge.

## Überfremdungsbewegung zur Zeit der Hochkonjunktur

Anders als vor dem Zweiten Weltkrieg ging die Stossrichtung zur Bekämpfung der «Überfremdung» nach 1945 mehrheitlich von politischen Parteien und Bewegungen aus. Vorerst waren es zwar noch Behörden und Gewerkschaften sowie Teile der Sozialdemokratie, die vor «Überfremdung» und insbesondere vor der wachsenden Arbeitsmigration aus Italien warnten. Ab den 1960er-Jahren begann sich aber in Teilen der Bevölkerung sowie in politischen Kleinparteien ein Konsens dahingehend herauszubilden, dass in Fragen der Arbeitsmigration eine kritische Grösse erreicht worden sei, die Gefahr der «Überfremdung» zunehme und die «Assimilationsmöglichkeit» der Schweiz an Grenzen stosse. Innerhalb der ausländerpolitischen Debatten verlagerte sich zugleich der Schwerpunkt von wirtschaftlichen, rechtlichen und konjunkturellen Fragen zu solchen nach der nationalen Identität und kulturellen Eigenständigkeit der Schweiz (Buomberger 2004).

Am virtuosesten gelang dies dem Zürcher Rechtsintellektuellen James Schwarzenbach. Schwarzenbach verstand es, Überfremdungssängste mit dem Unbehagen gegen die Moderne und gegen eine überbordende Hochkonjunktur zu verknüpfen. In Form einer rückwärtsgerichteten Utopie stilisierte er in zahlreichen Reden die alte Eidgenossenschaft und die moderne Schweiz zu einem Hort der Einzigartigkeit. In Fortführung und Zuspitzung der Ideen der «Geistigen Landesverteidigung» sollte die Schweiz vor fremden Einflüssen wie dem Kommunismus, aber auch vor Grosskapitalismus, Frauenemanzipation und einer wachsenden Arbeitsmigration geschützt werden (Drews 2005). Je stärker sich Regierung und Behörden in den 1960er-Jahren vom Konzept der «Überfremdung» verabschiedeten und internationale Abkommen eingingen, umso besser gelang es Schwarzenbach und seinen Mitstreitern, diesen Begriff wieder zum beherrschenden politischen Schlagwort werden zu lassen. Die Abstimmung «gegen die Überfremdung der

## **Alla ricerca dello «straniero» e del «proprio»**

*La nozione di «inforestieramento» ha marcato fortemente la cultura politica e la politica in materia di stranieri del 20° secolo in Svizzera. La tematica si è particolarmente fatta sentire negli anni 1930 nonché nel decennio tra il 1965 e il 1975. La prima di queste due fasi è stata determinata dalla creazione, dopo la Prima Guerra Mondiale, della polizia degli stranieri. Dopo la Seconda Guerra Mondiale, l'idea di lottare contro l'«inforestieramento» era portata anzitutto da partiti e movimenti politici. In margine a esempi concreti, l'articolo illustra il nesso intimo tra la nozione di «inforestieramento» e le questioni legate all'identità nazionale. Mostra inoltre il paradigma che continua a impregnare, seppur in modo diverso, il discorso politico nell'ambito della migrazione e della naturalizzazione.*

27

Schweiz» vom Juni 1970 stellte die Schweiz gar vor die grösste politische ZerreiSSprobe nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Vorlage wurde mit 54 Prozent Nein-Stimmen und der Annahme in acht Ständen verworfen. Dieses überraschend knappe Ergebnis führte zu weiteren so genannten Überfremdungsinitiativen verschiedener Splitterparteien, die alle jedoch deutlich abgelehnt wurden.

Die grosse Beachtung, die Schwarzenbach und seine Bewegung gegen «Überfremdung» erlangten, lag jedoch nicht nur am eigentlichen Thema, also an Fragen der Einschränkung der Arbeitsmigration. Aus heutiger Sicht ist die damalige Bewegung vor allem als kultureller Reflex auf den raschen ökonomischen und sozialen Wandel der Nachkriegsjahre zu deuten. Schwarzenbach hielt den rasanten Veränderungen nach 1945 ein diskursives Konstrukt entgegen, das in der Chiffre der «Überfremdung» unterschiedlichste Sorgen bündelte. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre verlor der Begriff wieder rasch an politischer Bedeutung (Skenderovic/D'Amato 2008). Nicht an Bedeutung verloren hat hingegen das Bestreben, mit rückwärtsgewandter Utopie und fremdenfeindlichen Parolen zu politisieren. Der Blick in die Geschichte des Überfremdungsdiskurses verdeutlicht die äusserst enge Verknüpfung der Bildung nationaler Identität(en) und der Ausgrenzung bestimmter Gruppierungen. Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts waren die gesellschaftspolitischen Ausgrenzungsversuche in der Schweiz immer dann besonders ausgeprägt, wenn der Prozess der kollektiven Selbstfindung nach zeitgemässen Antworten suchte. Diese historische Erkenntnis sollte aktuell besonders dann in unser Bewusstsein dringen, wenn wir über den Platz der Schweiz in einem vereinten Europa und einer globalisierten Welt nachdenken.

### **Literatur**

- Bielefeld, Uli (Hg.), 1992, Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg: Institut für Sozial-Forschung Hamburg.
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Revision des Art. 44 der Bundesverfassung (Massnahmen gegen die Überfremdung). In: Bundesblatt (Bbl.), V/1920: 1–78.
- Buomberger, Thomas, 2004, Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Zürich: orell füssli.
- Drews, Isabel, 2005, «Schweizer erwache!». Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967-1978). Frauenfeld, Stuttgart, Wien: Verlag Huber.
- Kury, Patrick, 2003, Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945, Zürich: Chronos.
- Schmid, C[arl] A[lfred], Die Schweiz im Jahre 2000. In: Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit (SZG) 51/6/7 (1912), Zürich.
- Skenderovic, Damir / D'Amato, Gianni, 2008, Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Zürich: Chronos.